



Vorlage KuSA_10/2015
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 19.06.2015

Mit 2 Anlagen

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur-, Schul- und Europaausschuss über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

I. Deutsch-französische Präsidiumssitzung des RGRE in Ludwigsburg

Mitte Mai fand die erste gemeinsame Sitzung der Präsidien der deutschen und der französischen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) auf Einladung von Landrat Dr. Haas im Ludwigsburger Kreishaus statt. Rund 30 Teilnehmer aus beiden Ländern waren zu Gast. Bei der zweitägigen, nicht-öffentlichen Veranstaltung ging es vor allem um Themen, die für die Kommunen in beiden Ländern relevant sind, beispielsweise Migration und Energie. Außerdem befassten sich die Teilnehmer mit der geplanten Gebietsreform in Frankreich sowie den politischen Bestrebungen, den Umfang des Deutschunterrichts an französischen Schulen zu reduzieren. Weiter wurde über Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenarbeit der beiden Ländergruppen beraten. Die Sitzung verlief sehr erfolgreich, die Diskussion und der Austausch über die angesprochenen Punkte waren sehr lebhaft und für alle Teilnehmer aufschlussreich. Die Mitglieder der beiden Sektionen waren sich einig, die begonnene partnerschaftliche Arbeit fortzuführen.

Neben der Sitzung, die im Mittelpunkt der Tagung stand, konnten sich die Gäste bei einer Führung im Ludwigsburger Schloss über die wichtigen Etappen in der deutsch-französischen Geschichte Ludwigsburgs informieren. Daneben stand ein Besuch im Holzheizkraftwerk Ludwigsburg als Modellprojekt zur kommunalen Energieversorgung sowie im Deutsch-Französischen Institut auf dem Programm.

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist der einzige wirklich europaweite Dachverband von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften und reicht noch über das Territorium der Europäischen Union hinaus. In ihm sind 57 nationale Kommunalverbände aus 41 europäischen Ländern (Sektionen) zusammengeschlossen. Die deutsche Sektion wiederum umfasst rund

800 europaengagierte Städte, Gemeinden und Landkreise. Die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) sind ebenfalls Mitglieder der Deutschen Sektion des RGRE.

Im Nachgang zu der Sitzung möchten wir Ihnen eine Broschüre des RGRE mit dem Titel „Europaarbeit in den Kommunen – Motive, Inhalte, Mehrwert“ an die Hand geben. Die Broschüre wird in der Sitzung ausgelegt.

II. Sachstand und aktuelle Tendenzen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)

Das Thema TTIP ist nach wie vor in der öffentlichen Debatte gegenwärtig, die kontroversen Diskussionen halten an. Zahlreiche Verbände und Interessensvertretungen positionieren sich auf der einen Seite gegen das Freihandelsabkommen wegen der bekannten Befürchtungen um eine Verschlechterung der Verbraucherschutzstandards oder willkürliche Entscheidungen von privaten Schiedsgerichten. Wirtschaftsvertreter indes versuchen immer stärker, ihre befürwortende Meinung (Abbau von Handelshemmnissen, Vereinheitlichung von Standards) in der öffentlichen Diskussion zu platzieren. In jedem Fall entsteht in letzter Zeit der Eindruck, dass die Debatte vielschichtiger geführt wird und die einzelnen Seiten etwas mehr aufeinander zugehen bzw. gehört werden. Gerade was die öffentliche Daseinsvorsorge und die Schiedsgerichte betrifft, scheint sich einiges im Sinne der kommunalen Ebene zu bewegen.

Die Verhandlungstexte und Ergebnisse aus den jeweiligen Verhandlungsrunden werden mittlerweile veröffentlicht. Auch wurde inzwischen von mehreren EU-Vertretern zugesichert, dass diejenigen Bereiche, die die Daseinsvorsorge betreffen (öffentliches Gesundheitswesen, öffentliches Bildungswesen, Wasserversorgung, ÖPNV) von Liberalisierungsverpflichtungen ausgenommen werden sollen. Außerdem ist von einer Überarbeitung der Investorenschutzklauseln die Rede. Hinsichtlich des Investorenschutzes soll das Recht des Staates auf Regulierung und Verwirklichung berechtigter Gemeinwohlziele bewahrt werden. Außerdem sollen verfahrensrechtliche Garantien eingeführt werden, sodass Forderungen gegenüber legitimen politischen Maßnahmen keinen Erfolg haben können. Positiv erscheint auch, dass sich Deutschland und Frankreich nun gemeinsam für Verbesserungen und Präzisierungen der Verhandlungsgrundlagen zum Thema Schiedsgerichte einsetzen. In einem ersten Schritt soll nun ein neuer bilateraler Schlichtungs-Mechanismus für Streitigkeiten zwischen Unternehmen und an TTIP beteiligten Staaten geschaffen werden, in einem zweiten Schritt könnte es dann einen echten internationalen Handelsgerichtshof geben.

In diese Richtung gehen auch Vorschläge, die die deutsche Seite für im Europäischen Parlament diskutierte Empfehlungen an die EU-Kommission zu den TTIP-Verhandlungen eingebracht hat. Der deutsche Berichterstatter ging darin auf die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände und des VKU ein, sowohl in Bezug auf ein transparenteres Verhandlungsverfahren als auch auf die Gewährleistung der kommunalen Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge, die kommunalen Forderungen zum Investitionsschutz und die Aufrechterhaltung von europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Gleichzeitig wurden die wirtschaftlichen Chancen des Abkommens betont. Wenn die Verhandlungstexte in diese Richtung konkretisiert werden, wäre dies als Erfolg zu werten.

Die EU-Kommission und das Bundeswirtschaftsministerium haben aufgrund der andauernden Kritik und der Unsicherheit im Umgang mit der öffentlichen Daseinsvorsorge in mehreren Veröffentlichungen Antworten auf Fragen zum Schutz der Daseinsvorsorge in TTIP erläutert. Antworten der

Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission auf häufig gestellte Fragen von Kommunen, Gewerkschaften und Verbänden, die das Bundeswirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt hat, finden Sie in **Anlage 1**. Eine Veröffentlichung des Bundeswirtschaftsministeriums wird zudem in der Sitzung ausgelegt. Sie findet sich zusammen mit einer weiteren Broschüre auch unter <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen.html> im Internet. Interessant sind auch die Informationen auf der Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums, beispielsweise aus den Sitzungen des TTIP-Beirats, der seit etwa einem Jahr besteht (<http://www.bmwi.de/DE/Ministerium/beiraete,did=639536.html>) oder eine gemeinsame Erklärung der amerikanischen und europäischen Verhandlungspartner (**Anlage 2**).

Generell sind die von der Europäischen Kommission und vom Bundeswirtschaftsministerium gegebenen Erläuterungen hilfreich und weiterführend. Der Deutsche Landkreistag unterstützt weiterhin das Vorgehen, im Text des TTIP-Abkommens an den Ausnahmen für die Daseinsvorsorge festzuhalten. Allerdings sollten die Verhandlungstexte hier in einigen Bereichen noch genauer werden. Aktuell arbeiten die kommunalen Spitzenverbände an einem weiteren Positionspapier in diese Richtung.

Dennoch bleibt in der Berichterstattung und auch in den öffentlichen Dokumenten oftmals der Eindruck, dass das Abkommen vor allem für Großkonzerne Vorteile bringen wird. Zu Recht regten der baden-württembergische Verbraucherschutzminister Bonde und der baden-württembergische Europaminister Friedrich daher eine stärkere Einbindung der TTIP-Gegner an. Laut Bonde gehe die bisherige TTIP-Werbung der Wirtschaftsverbände und der Bundesregierung an den Sorgen der Menschen vorbei. Die Landesregierung plant, Befürworter und Gegner des Abkommens in einem Beirat zu Wort kommen zu lassen.

Das Thema TTIP treibt auch weiterhin die Lokalpolitiker im Landkreis Ludwigsburg um. Jedoch ist das Stimmungsbild in den meisten Gremien ähnlich: Da es – auch aufgrund des Verhandlungsstandes – keine umfassende Information gibt, gibt es auch keine eindeutigen Mehrheiten für oder gegen das Abkommen, so dass Anträge und Resolutionen kaum eine Mehrheit finden. In jedem Fall sind die kommunalen Spitzenverbände weiterhin damit befasst, die kommunalen Interessen im Laufe der Verhandlungen zu positionieren und so auch die lokalen Parlamente zu vertreten.

Eher kritische Informationen zu TTIP gibt es auf der Internetseite des Umweltinstituts München e. V. unter <http://www.umweltinstitut.org/themen/verbraucherschutz-ttip/freihandelsabkommen.html>. Das Umweltinstitut München e. V. unterstützt die Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“.

Mitte Mai wurde wieder eine Reportage im ARD-Fernsehen gesendet, die sich mit den Vor- und Nachteilen des transatlantischen Freihandelsabkommens befasst. Sie trug den Titel „Wohlstand für alle. Was bringen Freihandelsabkommen?“ (Erstausstrahlung: 18.05.2015, 22.45 Uhr, ARD). Die Sendung kann in der Online-Mediathek des ARD-Fernsehens angeschaut werden.

III. Demografieforum zum Thema „Flüchtlinge im Landkreis Ludwigsburg – Chancen und Herausforderungen“

Das nächste Demografieforum des Landkreises findet statt am Mittwoch, 17. Juni 2015, um 19 Uhr im Großen Sitzungssaal des Kreishauses. Zum Thema „Flüchtlinge im Landkreis Ludwigsburg – Chancen und Herausforderungen“ werden wir zunächst verschiedene Impulsreferate hören, bevor in einer Podiums- und Bürgerdiskussion relevante Fragen besprochen werden.

Zugesagt haben Richard Arnold, Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann, Ministerialdirektor im baden-württembergischen Integrationsministerium, Rainer Reichhold, Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart, und Volker Henning, Fachbereichsleiter für Bürgerschaftliches Engagement bei der Stadt Ludwigsburg und damit zuständig für den Bereich Integration und Migration. Sie werden das Thema aus ihren jeweiligen Perspektiven beleuchten. Moderiert wird das Demografieforum von Hilke Lorenz, Leiterin der Ludwigsburger Lokalredaktion der Stuttgarter Zeitung.

Im Landkreis Ludwigsburg befassen wir uns seit Jahren mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Er gewinnt für alle Lebens- und Politikbereiche an Bedeutung. In diesem Jahr soll es aus aktuellem Anlass um das Thema Flüchtlinge gehen. Wie ist die aktuelle Situation in Baden-Württemberg? Wo sind die Schwierigkeiten bei der Unterbringung? Was wird unternommen, um Flüchtlinge schnell in Arbeit zu vermitteln? Welches Interesse hat die Wirtschaft daran? Um diese Fragen soll es beim diesjährigen Demografieforum gehen. Wir hoffen auf zahlreiche interessierte Besucher.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme